

V-9 Lebenslang grün lernen: Bildung muss ein Schwerpunkt grüner Politik werden

Antragsteller*in: Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow)
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Weitere Anträge
Status: Zurückgezogen

1 Der Parteivorstand und die Fraktion werden beauftragt einen Prozess aufzustellen
2 zur
3 konzeptionellen und inhaltlichen Vorbereitung eines **Leitantrags „Grüne**
4 **Bildung“** unter
5 Beteiligung der KMVen, MdA und LAGen. Weiterhin werden Partei und Fraktion
6 beauftragt mit
7 der Vorbereitung und Erarbeitung einer **grünen Bildungskonferenz** unter Beteiligung
8 der KMVen,
9 MdA und LAGen. Dabei sollen die Kernaspekte des Leitantrags mit
Bildungsexpert*innen und
Bildungsinteressierten vorab diskutiert werden.
Der Leitantrag soll alle Aspekte von nachhaltiger Bildung enthalten. Dazu zählen
neben
frühkindliche Bildung, allgemeine Schulbildung, berufliche und Hochschulbildung,
Weiter- und
Erwachsenenbildung, kulturelle-, formale und non-formale Bildung.

Begründung

Grüne Bildungspolitik trägt einen gewichtigen Teil zum Erreichen der Klimaneutralität bei. Ohne Bildung wird Berlin mittel- und langfristig die Klimaziele nicht erreichen, weil ihr die Fachkräfte fehlen.

Wiederholt verfehlen Berliner Schüler*innen mit 27,2% in Deutsch und 34,5% in Mathematik die Mindeststandards in den Kernkompetenzen/Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen (IQB-Bildungstrend 2021). 2000 Berliner Schüler*innen verließen in 2021 die Schule ohne einen Abschluss. Das entspricht einem Anteil von 6,7% (Studie der Bertelsmann Stiftung, März 2023). „Jeder junge Mensch ohne Schulabschluss ist einer zu viel“, sagte der Bildungsforscher Klaus Klemm, einer der Autoren der Studie. „Unsere Gesellschaft kann es sich angesichts des wachsenden Fachkräftemangels nicht leisten, diese Personen durchs Raster fallen zu lassen.“

Nur 83% der 3-5jährigen Kinder mit Migrationshintergrund besuchen eine Kita. Bei den 3-5jährigen Kindern ohne Migrationshintergrund sind es 100% (Studie "Entwicklung frühkindlicher Bildungsbedarfe in Berlin",

Forschungsinstitut für Bildungs-und Sozialökonomie, Oktober 2021)

Mehr als 1500 geflüchtete Kinder und Jugendliche warten monatelang auf einen Schulplatz. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen, da nicht alle schulpflichtigen geflüchteten Kinder bereits registriert sind. Damit wird das Recht auf Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen permanent verletzt (Flüchtlingsrat Berlin, Februar 2023).

In den Berufen/Branchen der klimarelevanten Berufe fehlen aktuell rund 30.000 Fachkräfte – allgemein bis 2035 in Berlin rund 414.000 Fachkräfte (IHK-Berlin.de).

Der Berliner Verwaltung muss bis 2031 im Land und in den Bezirken 40.000 Fachkräfte ersetzen, da diese aus Altersgründen ausscheiden (Bericht über Engpassberufe in der Berliner Verwaltung, Finanzverwaltung 20.04.2023).

Mit dem Antrag wollen wir das Signal setzen, dass wir uns konzeptionell, inhaltlich und personell auf den Weg machen in 2026 Verantwortung für das Bildungsressort zu übernehmen.

Unterstützer*innen

Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Jörg Freese (KV Berlin-Kreisfrei), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Susanne von Below (KV Berlin-Kreisfrei), Fiona El Kehal (KV Berlin-Kreisfrei), Hanno Kress (KV Berlin-Kreisfrei), Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau), Hartmut Hannemann (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Janna Hennig (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Wilfried Stotzka (KV Berlin-Kreisfrei), Peter Michael Rulff (KV Berlin-Kreisfrei), Werner Behrendt (KV Berlin-Pankow), Jörg Staudemeyer (KV Berlin-Kreisfrei), Hans-Jürgen Kuhn (KV Berlin-Kreisfrei)